



**Geschäftsführung  
Sportausschuss, Ausschuss Schule  
und Weiterbildung**

Herr Willms

Telefon: (0221) 221 31203

Fax: (0221) 221 31244

E-Mail: peter.willms@stadt-koeln.de

Datum: 11.01.2016

**Niederschrift**

über die **Gemeinsame Sondersitzung des Sportausschusses und des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 17.12.2015, 15:30 Uhr bis 17:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

**Anwesend waren:**

**Ausschuss Schule und Weiterbildung**

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Svenja Rabenstein	GRÜNE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

**Beratende Mitglieder**

Herr Wolfram Baentsch	Alternative für Deutschland
Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN 16:00 – 17:25 Uhr!
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken

Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP	
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche	
Herr Reinhold Goss	Stadtschulpflegschaft Köln	ab 15:50 Uhr!
Frau Beate Habets	Evangelische Kirche	

### **Gast**

Kaptikacti, Hakan	Stadtschulpflegschaft Köln
-------------------	----------------------------

### **Sportausschuss**

#### **Vorsitzender**

Herr Peter Kron	SPD
-----------------	-----

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE	
Herr Bezirksbürgermeister		
Henk van Benthem	CDU	
Herr Jürgen Kircher	SPD	
Herr Michael Paetzold	SPD	(i.V. Noack)
Herr Franz Philippi	SPD	
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU	
Herr Dr. Martin Schoser	CDU	
Frau Elisabeth Thelen	GRÜNE	
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE	
Herr Ulrich Breite	FDP	

#### **Beratende Mitglieder**

Herr Ramazan Arslan	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Helmut Nikelis	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Rolf Lorenz	auf Vorschlag der SPD
Herr Oliver Seeck	auf Vorschlag der SPD
Herr Mustafa Melemez	auf Vorschlag der CDU
Herr Felix Schulte	DIE LINKE
Herr Norbert Bruhn	(FDP) auf Vorschlag der Grünen

#### **Gäste**

Herr Klaus Hoffmann	Gaststatus StadtSportBund Köln
Herr Günter Witzmann	AfD (i.V. Frau Pavlovitch)

#### **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Herr Dieter Sanden

Frau Ulrike Heuer

Herr Josef Ludwig

Frau Petra Wallraff-Becker

Herr Thomas Schneider

Herr Hans-Michael Bernecker

Herr Peter Willms

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

### **Sportausschuss**

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dieter Göbel auf Vorschlag der Grünen

#### **Beratende Mitglieder**

Frau Elena Pavlovitch	AfD
Herr Björn Blank	StadtAG Lesben, Schwule, Transgender
Frau Sandra Meinert	StadtAG Behindertenpolitik
Frau Gitta Axmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Jennifer Mense	auf Vorschlag der Grünen
Herr Dirk Stoeveken	auf Vorschlag der Grünen

#### **Verwaltung**

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt RM Kron die Mitglieder des Sportausschusses und des Ausschusses Schule und Weiterbildung, die Vertreter der Verwaltung sowie die Besucherinnen und Besucher zur gemeinsamen Sondersitzung. Die heutige gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse mit dem Schwerpunktthema „Flüchtlingsunterbringung in Köln“ verfolgt das Ziel, einen aktuellen Sachstand zur Flüchtlingsunterbringung zu erhalten und die damit verbundenen Nutzungseinschränkungen für Schulen und Sportvereine aufzuzeigen. Die gemeinsame Diskussion und Aussprache soll dazu dienen, dass die unterschiedlichen Interessenlagen deutlich werden und letztendlich zu einem akzeptablen Miteinander bei der Problemlösung führen.

RM Kron weist anschließend noch auf die aktualisierte Tagesordnung sowie die Tischvorlagen (TOP 3 und 4 sowie das Informationsblatt zum Beschluss der 12. DOSB-Mitgliederversammlung vom 05.12.2015 zum Thema „Flüchtlinge in Sportdeutschland“) hin.

Für die heutige Sitzung sind Frau Pavlovitsch, Frau Axmann, Frau Meinert, Herr Göbel, Herr Blank, Frau Mense, Herr Stoeveken sowie Frau Stadtkämmerin Klug entschuldigt.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Bericht zur Flüchtlingsunterbringung in Köln (Herr Josef Ludwig-Amt für Wohnungswesen)**
- 2 Aussprache/Diskussion zum Bericht**
- 3 Unterbringung von Flüchtlingen in Turnhallen; hier: Anmietung von Ersatzsportflächen zur Sicherstellung des lehrplanmäßigen Unterrichts  
3927/2015**
- 4 Flüchtlingsunterbringung in Sporthallen  
hier: Konzept Notfalltopf für nachweisbar existenzbedrohte Vereine  
3938/2015**

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Bericht zur Flüchtlingsunterbringung in Köln (Herr Josef Ludwig-Amt für Wohnungswesen)

RM Kron begrüßt Herrn Ludwig (Amt für Wohnungswesen). Herr Ludwig dankt für die Möglichkeit, die aktuelle Entwicklung zur Flüchtlingsunterbringung in der gemeinsamen Sitzung der beiden Ausschüsse präsentieren zu können. In einer ca. 20-minütigen Power-Point-Präsentation erläutert Herr Ludwig die Entwicklung der Flüchtlingszahlen in Köln, den aktuellen Sachstand zur Flüchtlingsunterbringung (u.a. in Turnhallen), den Ausblick auf kurzfristige, neue Ressourcen zur Unterbringung, die Priorisierung von Turnhallen im Falle von zukünftigen Unterbringungsengpässen sowie das 4-Phasen-Modell zur Unterbringung von Flüchtlingen.

Der Ausschussvorsitzende dankt Herrn Ludwig für den Vortrag. Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

### 2 Aussprache/Diskussion zum Bericht

RM Kron stellt zunächst auf die Veranstaltung des StadtSportBundes Köln („Flüchtlingsgipfel“ am 26.11.2015) ab, in deren Verlauf der organisierte Sport insbesondere die mangelnde Kommunikation und die fehlende rechtzeitige und transparente Information bemängelt hat. Der Ausschussvorsitzende sieht auch kritisch, dass die Zielsetzungen des sog. 4-Phasen-Modells, insbesondere was die Entlastung der belegten Turnhallen durch alternative Leichtbauhallen angeht, nicht erreicht und die Turnhallen stattdessen noch stärker in Anspruch genommen wurden. Der seinerzeit in der Sache gefasste Ratsbeschluss sieht im Gegensatz zum praktizierten Verfahren u.a. vor, **im Vorfeld** einer Inanspruchnahme von Turnhallen alternative Immobilien (z.B. Bonnotel) zu prüfen. Er sieht insofern kein Beschlussproblem, sondern – ohne Kritik an der Verwaltung zu üben – ein faktisches Umsetzungsproblem. Bei weiterer Verschärfung der Problemlage muss auch über die Erhöhung des Notfalltopfes – auch im Schulbereich – gesprochen werden.

RM Stahlhofen bittet um Information, wie viele Flüchtlinge in 2016 erwartet werden und ob eine Pressemitteilung im Zusammenhang mit der Priorisierung zutrifft, wonach ein Hallenstandort zurückgenommen wurde und es sich dabei um eine Halle handelt, in der Behindertensport stattfindet und aus Sicht von RM Stahlhofen insoweit nachrangig mit Blick auf eine Flüchtlingsunterbringung behandelt werden müsste. Außerdem bittet sie um Information, ob nicht mindergenutzte Sportfreiflächen als mögliche Standorte für Leichtbauhallen in Frage kommen. Herr Ludwig erklärt, dass mit Blick auf die verschiedenen Einflussfaktoren für 2016 keine Prognosen über Flüchtlingszahlen abgegeben werden können. Für 2015 muss mit 1 Million Flüchtlinge gerechnet werden. Im Dezember werden wöchentlich 350 Flüchtlinge zugewiesen. Es gibt Hinweise, dass sich die Flüchtlingszahlen – wahrscheinlich witterungsbedingt – reduzieren. Zum Stichtag 10.12.2015 sind 2.307 Menschen in 14 Turnhallen untergebracht. Der Standort Westerwaldstraße (Stichwort Behindertensport) ist in der Tat umstritten und wird aktuell diskutiert. Die in Porz-Langel in einem Privathaus untergebrachten fünf Flüchtlinge werden in die Auflistung mit aufgenommen (Bitte von RM Stahlhofen).

Die mindergenutzten Sportflächen „Wilhelm-Schreiber-Str.“ und „Luzerner Weg“ sind in der Planung als Standort für Leichtbauhallen bzw. für zweigeschossige Container.

Herr Witzmann sieht Ressourcenmangel, finanzielle Überforderung und keine Akzeptanz in der Bevölkerung und fragt insoweit nach der Rechtsstaatlichkeit und bittet um Information, ob die Verwaltung einen Masterplan für 2016 hat. Frau Dr. Klein erklärt, dass die Rechtsstaatlichkeit mit Blick auf die bestehende Unterbringungsverpflichtung gewährleistet ist. Es ist keine Überforderung, sondern eine Herausforderung für die Stadt, die gemeinsam mit allen Beteiligten engagiert und lösungsorientiert im Sinne einer gelebten Willkommenskultur gemeistert werden kann und wird. Auf Nachfrage von RM Kron wird deutlich, dass Herr Witzmann lediglich als Gast (für die entschuldigte Frau Pavlovitch) an der Sitzung teilnimmt und insoweit kein Rederecht besitzt.

RM Dr. Schlieben begrüßt ebenfalls die Sitzungsteilnehmer/Innen und dankt Frau Dr. Klein und Herrn Ludwig für die Informationen sowie für die geleistete Arbeit. Die Herausforderungen für die Stadt sind nicht von heute auf morgen zu meistern, aber die bereits praktizierten Verfahren und das Engagement aller Beteiligten in Sachen Flüchtlingsunterbringung hat schon und wird auch künftig Erfolge bringen. RM Dr. Schlieben bittet um ergänzende Information, ob eine Wiedernutzung der Turnhallen planbar ist und welche Kosten für die Anmietung von Ersatzsportflächen entstehen. RM Philippi dankt auch der Verwaltung für die Informationen und die geleistete Arbeit. Die jetzt erarbeitete Prioritätenliste gibt für Schulen und Vereine einen ersten Orientierungsrahmen. Er fragt mit Blick auf die Verpflichtung des Schulträgers, Sporthallen für den Sportunterricht zur Verfügung zu stellen, nach Beschlagnahmemöglichkeiten von Gewerbeflächen.

RM Kron erklärt zum Ablauf der Sitzung nochmals eindrücklich, dass Herr Witzmann als Sachkundiger Einwohner des Gesundheitsausschusses lediglich als Gast an der Sitzung teilnimmt und insoweit kein Rederecht besitzt. Im Anschluss an eine Information von Frau Westphal rügt der Ausschussvorsitzende darüber hinaus das unflätige Verhalten von Herrn Witzmann gegenüber Frau Westphal.

RM Halberstadt-Kausch würde sich ein zügigeres Verfahren für die Errichtung von Leichtbauhallen wünschen. Sie bittet um Information, ob beispielsweise der Bestandschutz für drei mögliche Grundstücke am Klärwerk Stammheim zumindest temporär aufgehoben werden kann. Wie ist der Sachstand hinsichtlich der denkbaren Standorte der ehemaligen Baumärkte in Porz und Mülheim und wird überlegt, ob eine Unterbringung auf Schiffen (z.B. für Familien ohne kleine Kinder) in Frage kommt?

Frau Dr. Klein erklärt, dass die Kosten für den schulischen Bereich Mitte 2016 im Ausschuss Schule und Weiterbildung mitgeteilt werden. Herr Ludwig führt aus, dass für die Wiedernutzung von Turnhallen keine seriöse Prognose möglich ist. Nach juristischer Einschätzung ist die Beschlagnahme in NRW die letzte Option, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Trotz Gesetzesänderungen in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen hat es auch dort nur **einvernehmliche** Beschlagnahmen gegeben, die bei der Stadt Köln, auch zur Rechtssicherheit für Vermieter/Verkäufer, ebenfalls Anwendung finden. In Sachen Leichtbauhallen wird intensiv nach geeigneten Grundstücken gesucht. Die Grundstücksgröße ist dabei mitentscheidend (wie z.B. Hardtgenbuscher Kirchweg mit 16.000qm oder Butzweiler Hof mit 18.000qm). Vom ersten Spatenstich bis zur Nutzung einer Leichtbauhalle sind ca. 2-2,5 Monate zu kalkulieren. Für kleinere Grundstücke (3.000-4.500qm) sind Containerbauten die bessere Lösung. Die jeweiligen Grundstücksprüfungen erfolgen im Benehmen mit den Bauäm-

tern und mit der Umweltverwaltung. Für die Nutzung der Grundstücke am Klärwerk Stammheim gibt es Hinderungsgründe. Hinsichtlich der Nutzung von ehemaligen leerstehenden Baumärkten gibt es mit Ausnahme des Baumarktes in Porz-Eil (wurde umgebaut) große Widerstände (z.B. Kaufland Marsdorf/Max Bahr Buchheim/Praktiker in Poll). Die Nutzung von Schiffen hält Herr Ludwig u.a. mit Blick auf die Erlebnisse der Flüchtlinge für nicht zumutbar. Unabhängig davon gibt es dafür aber auch keine verfügbaren bzw. geeigneten Liegeplätze.

RM Dr. Schlieben weist aufgrund einer entsprechenden Wortmeldung darauf hin, dass Herr Kleiner (Bezirksschülervertretung) nach Information der Verwaltung wegen seines Alters keinen Sitz im Ausschuss Schule und Weiterbildung innehat und er insofern kein Rederecht hat. Frau Göwecke (nicht anwesend) hätte sprechen dürfen.

RM Horst Thelen begrüßt sehr, dass im Rahmen der heutigen Sitzung umfassend zur Thematik informiert wird. Die Tatsache, dass es im Beschwerdeausschuss in Sachen Flüchtlingsunterbringung keinerlei Beschwerden/Kritik gibt, zeigt, dass die Willkommenskultur mit Leben gefüllt wird. Er fragt nach, ob es schon Anträge der Sportvereine in Sachen Notfalltopf gibt und ob Flüchtlinge, die aus Sammelunterkünften vermittelt werden, aus der Statistik herausfallen. Herr Hoffmann (StadtSportBund Köln) dankt für die beiden einleitenden Vorträge. Er hält auch die als Tischvorlage verteilte Information des DOSB für eine wichtige Diskussionsgrundlage. Aus Sicht von Herrn Hoffmann ist man bis dato beim 4-Phasen-Modell nicht über Phase 1 hinausgekommen. Der Informationsaustausch bzw. die Transparenz zwischen den beteiligten Ämtern wurde zwar verbessert, ist aber u.a. mit Blick auf den Umsetzungsstand für die Leichtbauhallen offensichtlich noch nicht ideal. Er dankt der Sportverwaltung für die Einrichtung und geplante Erhöhung des Notfalltopfes. Er stellt aber auch die Frage, ob sich das Amt für Wohnungswesen nicht auch an den entstehenden Kosten beteiligen müsste. Hinsichtlich der Priorisierung fragt Herr Hoffmann nach, ob der organisierte Sport bei der Prioritätenfestlegung involviert war. Insbesondere die 99ers waren irritiert, das sie ihr Angebot für den Behindertensport nicht mehr fortführen können.

Frau Dr. Klein führt mit Blick auf den angesprochenen Informationsfluss aus, dass die Schulleitungen von der Schulverwaltung unmittelbar informiert werden. Im Sportbereich laufen die Informationen zweigleisig (an den StadtSportBund unmittelbar bzw. über die Sportsachbearbeiter in den Bezirken an die Vereine). Hier müsste man evtl. über Optimierungen nachdenken. Die Kostenbelastungen werden letztendlich gesamtstädtisch über den Haushalt getragen (Geldkreislauf Stadt).

Es existiert eine innerstädtische Arbeitsgruppe, die alle Kosten im Zusammenhang mit der Zuwanderung von Flüchtlingen zur Geltendmachung gegenüber Bund und Land erfasst. Interne Verrechnungen innerhalb der Stadt werden nicht vorgenommen. Herr Sanden erklärt, dass Anträge von Sportvereinen zur Inanspruchnahme aus dem Notfalltopf vorliegen. Diese werden unbürokratisch und kurzfristig bearbeitet. Sobald ein Gesamtüberblick besteht, werden die beiden Ausschüsse informiert. Herr Sanden hat Verständnis für die Forderung stärkerer Einbindung des organisierten Sports. Allerdings muss man hier auch die Sachzwänge des Amtes für Wohnungswesen sehen, die schnellstmöglich mehrmals täglich auf aktuelle Entwicklungen reagieren müssen. Es ist faktisch unmöglich, neben der baufachlichen Prüfung der Wohnungsverwaltung mit den damit befassten Ämtern auch noch eine sicherlich wünschenswerte Einbindung des organisierten Sports im Sinne von Herrn Hoffmann zu erreichen. Auch die Sportverwaltung war, auch wegen mangelnder Personalressourcen, nicht beteiligt. Beim Flüchtlingsgipfel wurde erstmals darüber gesprochen, dass es eine Prioritäten-

liste geben sollte. Diese Liste liegt seit heute Mittag abgestimmt vor. Wenn es aktuell schwerwiegende Gründe gibt, die gegen eine Inanspruchnahme einer Halle sprechen, könnte man dies heute zur Sprache bringen. Eine qualitative Auswahl unter sportfachlichen Aspekten hat es bisher nicht gegeben. Herr Ludwig erklärt, dass es ein Auszugsmanagement mit drei beauftragten Trägern (Flüchtlingsrat/Caritas/DRK) gibt. Damit gelingt es, pro Jahr 350 bis 400 Flüchtlingen geeigneten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. In der Tat benötigt man 10-15 Standorte für Leichtbauhallen mit Grundstücken von ca. 15.000qm. Die praktische Umsetzung scheidet aber bisher an den geschilderten Rahmenbedingungen. Die Priorisierung wurde in der Verwaltung mit allen betroffenen Institutionen abgestimmt.

Herr Baensch fragt nach, warum die Stadt die Zuweisung von Migranten schicksalsergeben hinnimmt. Aus seiner Sicht handelt es sich wegen der begangenen Grenzverletzung um Straftäter. RM Kron erteilt Herrn Baensch daraufhin einen Ordnungsruf und fordert ihn auf, sachlich zu bleiben.

Herr Pannes bittet um ergänzende Information zur Dombrauereibrache an der Altbürger Straße. Herr Goss führt aus, dass der Stadtschulpflegschaft keine Anzeichen für fehlende Solidarität mit den Flüchtlingen bei Schülerschaft, Lehrern und Eltern bekannt sind. Er fragt nach, ob der geplante Ersatzhallenbau für die Kaiserin-Augusta-Schule vorgezogen werden kann. Gleichzeitig sollte die bestehende Halle nicht abgerissen werden, um eine Doppelnutzung zu haben und fragt, ob dies Modellcharakter für ein stadtweites Vorgehen sein könnte. Er hält es für wichtig, von „Halleneinheiten“ und nicht von Hallen zu sprechen und ein **sportartenspezifisches** Hallenmanagement zu praktizieren. Die Stadtschülerschaft bittet um Information, ob die Stadt Anträge zum integrativen Maßnahmenprogramm des Bauministeriums gestellt hat. Es soll auch ein Beispiel dafür geben, dass eine Stadt eine Beschlagnahme erfolgreich durchgeführt hat. Herr Goss merkt abschließend an, dass auch 16-jährige als Vertreter der Stadtschülerschaft ein aktives und passives Rederecht haben sollten. Herr Dr. Zimmermann weist auf die seit Jahren bestehende Mangelsituation für Sporthallen hin. Aktuell sind weitere 12 Hallen wegen baulicher Mängel nicht nutzbar. Er bittet um Information, ob die Stadt die Sicherstellung des Schulsports über alternativ bestehende Raumkapazitäten (z.B. Fitnessstudios/private Bäder/Vereinsräume/kirchliche Säle/Tennishallen) geprüft hat. Gibt es darüber hinaus Erkenntnisse, ob es im laufenden Sportunterricht noch freie Kapazitäten gibt?

Frau Dr. Klein erläutert, dass die in Mobilbauweise errichtete Sporthalle für die Kaiserin-Augusta-Schule speziell auf die dortige Situation zugeschnitten ist und keinen Modellcharakter haben kann. Die vorhandenen Mehrfachturnhallen können getrennt und in kleinere Einheiten aufgeteilt werden. Zielsetzung hierbei ist generell, eine optimale Hallennutzung zu erreichen. Das Programm des Bauministeriums wird geprüft. Es bestehen allerdings hohe Anforderungen und kurze Abgabefristen. Frau Heuer führt aus, dass die Angebote von Tanzschulen durchaus interessant, aber letztendlich überteuert waren. Angesprochene Boxvereine hatten hohe Unkostenerwartungen. Problematisch für eine **generelle** Anfrage ist, dass hierbei vergaberechtliche Zusammenhänge entstehen. Insofern ist man auf persönliche Kontakte von Schulen angewiesen. Für die Schülerbeförderung mit Bussen gibt es Vertragspartner. Die Buskapazitäten sind begrenzt. Frau Heuer dankt an dieser Stelle der einen Kollegin in der Schulverwaltung, die sich mit dem Thema Hallenvergabe befasst und eigentlich andere Aufgaben hat. Herr Ludwig erklärt zu den Domgärten, dass die Fläche nach einer gestrigen Informationsveranstaltung der Bezirksregierung Köln als Landesunterkunft (Ersatz für den Standort Chorweiler) genutzt werden soll. Es werden für die Dauer von



2 Jahren Containerbauten für bis zu 960 Flüchtlinge entstehen. In Porz-Lind und Marsdorf werden weitere Standorte für die Erstaufnahme geprüft.

RM Nessler-Komp weist darauf hin, dass die Sportvereine doppelt belastet werden. Einmal durch den Wegfall der Halle und zum Zweiten kann die integrative Wirkung des Sports nicht mehr realisiert werden. Ist dieser integrative Aspekt bei der Inanspruchnahme des Notfalltopfes berücksichtigt? Gibt es eine Gesamtzahl von Flüchtlingen für Köln, die auch die Flüchtlinge in den Landesunterkünften sowie nicht registrierte Flüchtlinge beinhaltet? RM Breite fragt nach der zeitlichen Inanspruchnahme der Halle der Förderschule Kolkrabenweg und weist darauf hin, dass bei der Nutzung von Sporthallen auch an die Unterbringung der Sportgeräte (z.B. Tischtennisplatten/Matten etc.) gedacht werden muss. In einer Einfachhalle gibt es dafür keine Kapazitäten. Die heute vorgelegten Tischvorlagen sollten zeitnah digital zur Verfügung stehen, damit evtl. Anfragen von Sportvereinen beantwortet werden können.

Herr Ludwig erklärt, dass zurzeit **insgesamt** rund 12.000 Flüchtlinge im Stadtgebiet untergebracht sind. Kriterien für die Freiräumung von Turnhallen werden festgelegt. Die Halle der Förderschule Kolkrabenweg wird bei den ersten Freiräumungen dabei sein. Herr Sanden erläutert, dass 12 Dreifachhallen für die Unterbringung von Flüchtlingen bereitgestellt wurden. Hier ist es schwierig, insbesondere für die Ballsportarten Ersatzraum zu finden. Der Notfalltopf wird nicht alle Finanzbedarfe abdecken können. Es sind rund 80 Vereine, die direkt betroffen sind. Die Unterlagen zur Präsentation sowie zur Pressekonferenz werden heute noch per E-Mail an die Mitglieder der beiden Ausschüsse versandt.

Auf Nachfrage von Frau Westphal (evtl. Erhöhung des Finanzrahmens für Pflegefamilien, die unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufnehmen) erklärt Frau Dr. Klein, dass es seitens des Amtes für Kinder, Jugend und Familie einen Presseaufruf gegeben hat, um Pflegefamilien zu finden. Da diese Aufgabe auch grundsätzlich, also nicht nur bezogen auf Flüchtlingskinder, dort erfüllt werden muss, wäre es kontraproduktiv, jetzt ausschließlich für die Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ein finanzielles Anreizsystem zu schaffen. Jugendliche können nicht zwangszugewiesen werden. Letztendlich ist das Ziel, eine bessere Unterkunftsqualität zu erreichen.

### **3 Unterbringung von Flüchtlingen in Turnhallen; hier: Anmietung von Ersatzsportflächen zur Sicherstellung des lehrplanmäßigen Unterrichts 3927/2015**

#### **Kenntnis genommen**

Frau Dr. Klein weist auf die Tischvorlage zur Unterbringung von Flüchtlingen in Turnhallen hin. Die Belastungen für Flüchtlinge, Schulen, Sportvereine, Bevölkerung und Verwaltung sind groß. Alle mit dem Thema befassten Institutionen sind bemüht, die Belastungen für die Schulen und die Sportvereine zu reduzieren. Die ursprüngliche Zielsetzung, belegte Turnhallen möglichst zeitnah wieder für den Schul- und Vereinssport bereitzustellen, konnte aufgrund der nicht kalkulierbaren Zunahme der Flüchtlingszahlen und zur Vermeidung drohender Obdachlosigkeit nicht erreicht werden. Bei der Sicherstellung des Schulunterrichtes in Ausweichobjekten zeigen sich die betroffenen Schulen äußerst kooperativ. Der Finanzaufwand der Schulverwaltung für die

Anmietung von außerschulischen externen Nutzungsmöglichkeiten inklusive Transportkosten beläuft sich auf mehrere hunderttausend Euro.

**4 Flüchtlingsunterbringung in Sporthallen  
hier: Konzept Notfalltopf für nachweisbar existenzbedrohte Vereine  
3938/2015**

**Kenntnis genommen**

Frau Dr. Klein weist auf die Tischvorlage zum Konzept Notfalltopf für nachweisbar existenzbedrohte Vereine hin. StadtSportBund Köln und Sportamt haben Unterstützungsleistungen für betroffene Vereine konzipiert. Die Vereine sollen u.a. in die Lage versetzt werden, Anmietungen für Ausweichstandorte vorzunehmen. Hierfür ist ein Finanzrahmen aus dem Budget des Sportamtes i.H.v. 110.000€ (40.000€ bereits verfügbar / 70.000€ werden über Restmittel aufgestockt) vereinbart und soll auch für die Folgejahre zum Haushaltsplan angemeldet werden. Die Regelungen zur Mittelvergabe, die Grundbedingungen zur Antragstellung (u.a. Mitgliedschaft im StadtSportBund) sowie ein Kriterienkatalog sind in der Mitteilung beschrieben. Ergänzend hierzu wird eine aktuelle Auflistung der Kompensationsmaßnahmen für die Sportvereine als Anlage der Niederschrift beigefügt. Hieraus wird ersichtlich, welche alternativen Ausweichmöglichkeiten nach Abstimmung zwischen den Vereinen und der Sportsachbearbeitung der Bezirke bestehen.

Eine Problemlösung wird damit nicht erreicht, aber die Rückmeldungen aus Schul- und Sportbereich zeigen, dass zumindest die Belastungsspitzen abgefedert werden können und die Verwaltung dabei intensiv unterstützt und begleitet.

RM Kron dankt Frau Dr. Klein für die Informationen.

Abschließend danken RM Kron und RM Dr. Schlieben der Verwaltung für die umfassenden Informationen und gehen davon aus, dass die heutige intensive Debatte dazu beiträgt, die künftigen Herausforderungen besser mit allen beteiligten Institutionen zu meistern. Den Ausschüssen und der Verwaltung danken RM Kron und RM Dr. Schlieben für die konstruktive und lösungsorientierte Zusammenarbeit in 2015 und wünschen frohe, besinnliche Weihnachten und ein gutes neues Jahr.

**Gezeichnet: Kron**

**Gezeichnet: Dr. Schlieben**

**Gezeichnet: Willms**

Vorsitzender

Stellvertretender Vorsitzender

Schriftführer